Standpunkte 04/2012

Online-Magazin des Münchner Forums e.V.

MÜNCHNER FORUM
Diskussionsforum für Entwicklungsfragen e.V.
Schellingstraße 65, 80799 München
☎089 282076, www.muenchner-forum.de
ISSN 1861-3004
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 29.03.2012
Redaktion: Gernot Brauer (GBr), Wolfgang Czisch, Detlev Sträter, Ursula Ammermann

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der für die Stadtentwicklung und den öffentlichen Personennahverkehr zentralen Frage: „Zweite S-Bahn-Stammstrecke unter dem Marienhof oder auf der Südtrasse?“, nehmen die Stadtplaner Dierk Brandt und Gabriele Heller engagiert Stellung. Sie kommen zum Ergebnis: Für die Stadtentwicklung eröffnet die Südtrasse neue Entwicklungspotentiale und -chancen, die München gerade jetzt so notwendig braucht, aber auch die verkehrlich existenziell wichtige Vernetzung von S- und U-Bahn ist nur auf der Südtrasse möglich und sinnvoll. Der Nutzer erhält nur mit ihr eine verbesserte Bedienung: den 10-Minuten-Takt (S. 10/11).

Bürgerbeteiligung ist in dieser Ausgabe ein weiterer Schwerpunkt. Zum „Mit-Denken“ aufgerufen wird zur neuen „Perspektive München“, einer Öffentlichkeitsphase der Stadt (S. 2). Beim Vorschlag des Münchner Forums für ein Bürgergutachten zum Kunstareal im Museumsviertel wird der Leser eingeladen, über die Sinnhaftigkeit dieser Beteiligungsform nachzudenken (Hilmar Sturm, S. 6/7). Cordula Kropp geht die Frage ganz grundsätzlich an: Ist die Beteiligung von Bürgern eine lästige Pflicht oder ein wertvolles und sogar unerlässliches demokratisches Instrument der hoheitlichen Planung der Stadt? (S. 4/5). Für das Münchner Forum ist die Frage schon 1968 bei seiner Gründung positiv entschieden worden. Seither mischt es sich ein, wie z.B. bei der Besichtigung des Paulanerareals, das seine derzeitige Bestimmung als Brauerei-Standort verliert (S. 13), sowie beim Bericht über die öffentliche Erörterung des Wettbewerbs zur Neubebauung des Oertelplatzes (S. 8) und zum Kreativquartier an der Heßstrasse (S. 8).

Was ist Reurbanisierung? Detlev Sträter beschäftigt sich mit diesem Phänomen in der Stadtregion und plädiert für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit ihr (S. 11).
Wie immer am Schluss Veranstaltungshinweise und Leserbriefe. Wir freuen uns auf Ihre Meinung.

Mit freundlichen Grüßen,
Wolfgang Czisch
Vorsitzender des Programmausschusses

INHALT:

„Perspektive München“
Öffentliche Auftaktveranstaltung macht nachdenklich 2

Beteiligungsverfahren:
Die Bürger wollen mitreden 4

Bürgergutachten:
Kunstareal im Museumsviertel - Beteiligungsraum für Bürger 6

Oertelplatz in Allach:
Bürger wollen ein lebendiges Quartierszentrum mit Kultur 8

Zukunft des Kreativquartiers 8

Prof. Nerdinger wird Direktor des NS-Dokumentationszentrums 9

LMU bekommt Physik-Neubau 9

S-Bahn-Südring:
Bahnbau ist auch Städtebau 10

Reurbanisierung in der Stadtregion München? 11

Umzug der Paulaner-Brauerei
Chance zur Stadtreparatur 13

Tagung in Tutzing:
Revolution im Zwischenraum 14

Leserbriefe 15

IMPRESSUM

Münchner Forum e.V.
Schellingstr. 65, 80799 München
verantwortlich: U. Ammermann

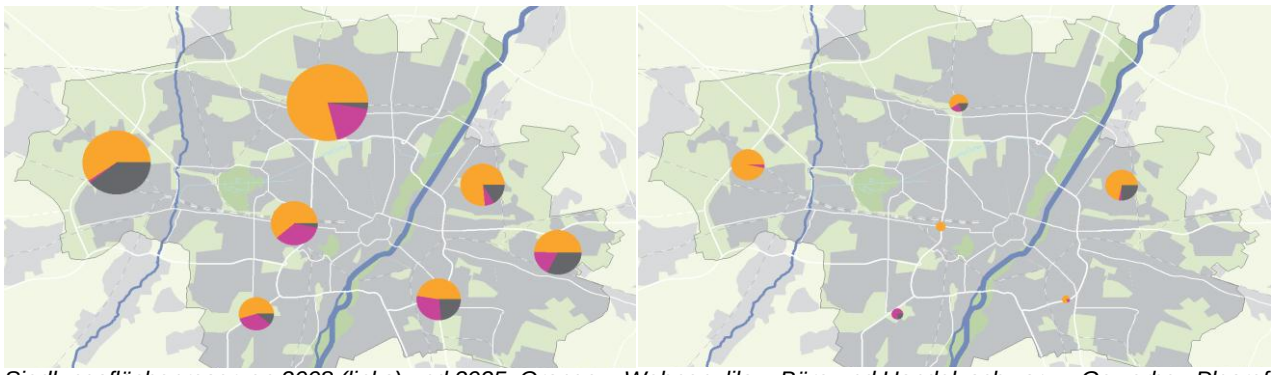
Wir verfolgen den Fortgang der von uns aufgegriffen Themen. Obiger Inhalt entspricht daher nicht zwingend dem Diskussionsstand in unseren Arbeitskreisen. Sie können Aussagen gern wörtlich oder sinngemäß zitieren, aber nur mit Quellenangabe. Falls Sie unsere Standpunkte nicht mehr erhalten oder sie jemandem gern zukommen lassen möchten, genügt ein Mail an info@muenchner-forum.de

Die öffentliche Erörterung der „Perspektive München“ macht nachdenklich:

Zum Auftakt kamen OB Ude und „geladene Gäste“ zu Wort

Für die Fortschreibung der „Perspektive München“ hat das Referat für Stadtplanung und Bauordnung vier strategische Leitlinien erarbeitet. Diese will sie nun der Öffentlichkeit präsentieren und mit ihr diskutieren. Vom Dialog „mit und in der Öffentlichkeit“ erhofft sich das Referat „wertvolle Vorschläge und Hinweise“, die in den Arbeitsprozess einfließen sollen.

Während sich Stadtbaurätin Elisabeth Merk auf Diskussionsbeiträge der Bürger freut und am Auftaktabend sagte, sie suche nicht nur Bürger zum „MitDenken, MitReden und MitPlanen“, sondern auch „MitStreiter“, machte Oberbürgermeister Christian Ude auf dieser Auftaktveranstaltung über die „Boomtown München – Frist der Erfolg seine Kinder?“ am 13. März im Literaturhaus seine Skepsis darüber deutlich, ob die Stadt ihre Probleme überhaupt in den Griff bekommen kann. Allzu genau kennt der frühere Mieteranwalt Ude nämlich den seit Generationen anhaltenden Druck auf den Münchner Wohnungsmarkt. Er hat sich in den letzten Jahren weiter verschärft. Immer mehr Menschen suchen hier Wohnungen und deren Kauf- und Mietpreise wachsen folglich immer weiter an, in nur zehn Jahren laut Ude „schnell um Milliardenbeträge“. Die Kosten für Wohnen sind nach seinen Worten in München das Problem Nummer 1. Ude zufolge muss knapp ein Drittel der Münchner Haushalte für die Wohnungsmiete schon mehr als 40 Prozent des Einkommens ausgeben. Wo die Mieten das Marktniveau laut Mietspiegel noch nicht erreicht haben, sind 20 Prozent Mietsteigerung alle drei Jahre zulässig – weit mehr als Löhne, Gehälter und Renten ansteigen. Diese Schere zwischen Einkommen und Miethöhe dürfte sich noch weiter öffnen, so Ude.



Siedlungsflächenreserven 2008 (links) und 2025. Orange = Wohnen, lila = Büro und Handel, schwarz = Gewerbe. Plgsref.

Sollte die Stadt, wenn sie denn könnte, den weiteren Bau von Luxuswohnungen in der Stadt unterbinden? Erstens erlaubt das Gesetz das gar nicht. Und zweitens würden wohlhabende Münchner dann um so stärker eben noch bezahlbaren Wohnraum nachfragen, das Angebot also weiter verknappen. „Die Gentrifizierung“, sagte Ude, beschreibe „ein drückendes Problem“ seit mindestens einer Generation. Seit der Finanzkrise von 2008 habe es sich allerdings „ins Aberwitzige gesteigert“ – „wie zu Zeiten des Goldrausches. Denn internationales Kapital flüchtet nun in Betongold.“ Das gilt nicht nur in München. Berlin hatte nach Udes Auskunft noch vor drei Jahren mit Leerständen zu kämpfen. Jetzt legen nach seinen Worten Investoren auch dort „jeden Preis hin“. Besonders München zahlt auf dem Immobilienmarkt aber den Preis für seinen guten Ruf als gesunde und wachsende Stadt. 2005 hatten 17 Prozent der Münchner Stadtbevölkerung ein Pro-Kopf-Einkommen von 3.000 Euro monatlich. Inzwischen sind es 31 Prozent, also fast doppelt so viele, die durchaus mitbieten können. Dagegen müssen 18,5 Prozent der Münchner Haushalte mit weniger als 1.000 Euro monatlich auskommen; diese drohen abgehängt zu werden. Um den Preisanstieg zu dämpfen, hat die Stadt Ude zufolge in nur fünf Jahren 800 Millionen Euro in die Förderung des sozialen Wohnungsbaus gesteckt. Dabei muss die Stadt natürlich auch andere Lasten schultern. So wird allein die Betonsanierung der U-Bahn-Linien in den nächsten zehn Jahren 700 Millionen Euro erfordern. Und für die Kinderbetreuung braucht die Stadt nach den Worten des Oberbürgermeisters ebenfalls jedes Jahr einen dreistelligen Millionenbetrag.

Sollte man als Konsequenz mit dem Wachstum der Stadt „einfach Schluss machen“, wenn Wachstum zu Stress führt und Schrumpfung noch „fürchterlichere Probleme“ erzeugt, fragte Ude. Er erinnerte an den zu München gegenläufigen Trend etwa in Halle, der früheren Arbeitsstätte von Stadtbaurätin Elisabeth Merk. Rund ein Jahrzehnt nach der Wende hatte diese Stadt wegen der deutschen Binnenwanderung rund 100.000 Einwohner verloren und deshalb 40.000 Wohnungen zu viel – Wohnraum, der in München dringend fehlt. Aber dieses Problem hat die bayerische Landeshauptstadt keineswegs erst seit der Wende. Schon seit 1848, seit Beginn der Volkszählungen, lebten Ude zufolge in der Stadt immer mehr Zuzügler als hier Geborene.

Merk fordert neue Aufbruchstimmung und weniger „Beharrungsdrang“

Was ist also zu tun? Das wollte Elisabeth Merk im Gespräch mit der Professorin Dr. Ingrid Breckner, Stadtsoziologin aus Hamburg sowie dem Münchner Philosophieprofessor Dr. Julian Nida-Rümelin und Professor Dr. Dr. Franz Josef Radermacher, Mathematiker und Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Ulm, ermitteln. Ist mehr Wohlstand der Hebel? Nida-Rümelin zufolge lässt sich die ökonomische Leistung der Fünf-Tage-Woche in den 1960er Jahren durch den Produktivitätsfortschritt heute in zweieinhalb Tagen erzeugen. Geht es uns deshalb doppelt so gut oder sollten wir dem bhutanischen Beispiel folgen, das statt mehr Bruttosozialprodukt mehr Bruttoglücksprodukt erarbeitet sehen möchte? Auf der anderen Seite sind die Realeinkommen der breiten Bevölkerung laut Nida-Rümelin seither nicht weiter gestiegen. „Die oberen drei Prozent sahnen ab.“ Der Philosophieprofessor forderte, ohne weiter konkret zu werden, diejenigen Bereiche wachsen zu lassen, die zu mehr Lebensqualität führen, und andere zu bremsen oder sogar zu verhindern.

Radermacher sekundierte zunächst: „Man kann höchst effizient das Falsche tun.“ Die Plünderung des Planeten sei international sanktioniert. Der einzelne Staat könne dagegen wenig ausrichten, und der Einfluss einer Stadt sei marginal. Gleichwohl: Wo Spielraum besteht, müsse die Stadt ihn auch nutzen. Münchens Politik in dieser Hinsicht bezeichnete Radermacher als gut. Merk sprach sich für eine neue Aufbruchstimmung in München und weniger „Beharrungsdrang“ aus. Die Stadtbaurätin wünscht sich für den kommenden Stadtumbau möglichst viel „kulturelle Akzeptanz“. Für ihre Zukunft sei das „emotionale Klima“ entscheidend. Ude forderte, der Verständigungsprozess in der Stadt müsse ehrlicher ablaufen. Eigene Interessen seien legitim, man dürfe sie aber nicht hinter angeblichem Gemeinwohl verstecken – nach dem Motto: Entwickelt bitte die Stadt, aber „nicht im eigenen Viertel, nicht in der eigenen Straße, nicht auf der Hundewiese gegenüber und schon gar nicht im eigenen Hinterhof.“ Besonders wenn es um Wohnungen für Bedürftige geht, aber auch bei Kinderbetreuungseinrichtungen reagiert die Stadtgesellschaft nach Udes Erfahrung häufig mit schroffer Ablehnung, ja mit „Bürgeraufstand“.

Weitere Bürgerrunden folgen im April und Mai im Münchner Süden, Norden und Westen

Unterm Strich bewältigt München seine massiven Wachstumsprobleme nach Ansicht der Experten nicht schlecht. Parallelgesellschaften haben sich hier nicht entwickelt. Die „Münchner Mischung“ funktioniert. Sie zu erhalten bezeichneten die Professoren als eine der großen Herausforderungen. Eine Marginalisierung von Randgruppen müsse unbedingt vermieden werden, hieß es mit einem warnenden Blick etwa auf London. Eine zweite Herausforderung sahen die Experten darin, Bürgern gerade in Pflege- und Dienstleistungsberufen auch in der Stadt bezahlbaren Wohnraum zu sichern. Würden sie verdrängt, würden die unverzichtbaren Services in der Kommune gefährdet. Eine dritte Herausforderung sah die Runde in der Integration von Migranten mit vielen Kindern und hohen Sozialkosten. Der Schlüsselfaktor für diese Integration sei die Bildung. In einer Publikumsrunde kamen zahlreiche weitere Aspekte zu Wort. Zugleich hatte die Stadt ihren Internetauftritt zur Fortschreibung der Perspektive München freigeschaltet. Schon am ersten Tag, teilte Merk erfreut mit, hätten 6.000 Bürger diese Webseite angeklickt. Die Stadtbaurätin verwies auf vier Folgeveranstaltungen, in denen Fragen und Vorschläge der Bürger im Mittelpunkt stehen sollen: am 23. April von 18.30 bis 21.00 h: Anton-Fingerle-Bildungszentrum, Schlierseestraße 47, am 26. April von 18.30 bis 21.00 h: Kulturhaus Milbertshofen, Curt-Mezger-Platz 1 und am 7. Mai von 18.30 bis 21.00 h: Mittelschule an der Guardinistraße, Guardinistraße 60. Das Planungsreferat bittet um vorherige Anmeldung unter www.muenchen-mitdenken.de oder telefonisch unter 233-22942. GBr

Cordula Kropp: Die meisten Beteiligungsverfahren sind Alibiveranstaltungen:

Die Bürger wollen mitreden, die Verwaltung will belehren

Welche Rolle kann und will das Münchner Forum künftig spielen? Das erörterten Forumsmitglieder am zweiten März-Wochenende in einer Klausur. Ergebnis: Als Diskussionsforum für Entwicklungsfragen pocht das Forum auf größtmögliche Transparenz aller Entscheidungswege, so dass die Bürger mitdenken und mitentscheiden können. Es will die Entscheidungsbildung in der Stadtgesellschaft mitmoderieren, aber wo nötig auch Initiativen ergreifen und Akzente setzen. Wo die Stadtverwaltung die Bürgerbeteiligung als Instrument missversteht, für ihre Planungen lediglich möglichst viel Zustimmung einzusammeln, setzt das Forum auf den offenen Dialog mit gut informierten, engagierten, aktiven Bürgern. Es will dazu verstärkt auch die junge Generation ansprechen, stärker auch die Bürger, die sich bislang für die Stadtentwicklung nicht interessieren und auch mehr Menschen in der Region.

Ein andauerndes Ärgernis: Nach dem Bundesbaugesetz werden Bürger erst beteiligt, wenn in einem Projekt alle Würfel gesetzt sind. Dann geht es in der Regel nur noch darum, dass man diese Würfel auch so ausspielen kann, ohne dass die Bürger Widerstand leisten. Stuttgart 21 hat gezeigt, wie frustrierend und unzweckmäßig das ist.

Beteiligungsverfahren setzen viel zu spät ein. Erst allmählich lernt die Verwaltung, dass es nötig und richtig ist, schon die Prämissen öffentlich zu erörtern, unter denen sich die Stadt weiter entwickeln soll. Die Münchner Professorin für partizipative Zukunftsforschung und soziale Innovationen Cordula Kropp erläuterte auf einer Forums-Klausur am 9. und 10. März im Volkshochschul-Tagungsort Haus Buchenried am Starnberger See Chancen und Risiken einer ernst gemeinten Bürgerbeteiligung.

Prof. Dr. Cordula Kropp
Bild: MPS

Kropps Bewertung dessen, was derzeit meist als Bürgerbeteiligung angeboten wird, war für die Durchführenden und ihre Auftraggeber wenig schmeichelhaft: Fast durchweg geriete die Bürgerbeteiligung zu Alibiveranstaltungen, weil die Ergebnisse schon vorher feststehen; so wird die Absicht erkennbar, das von vornherein für richtig Gehaltene nur zu erläutern und es durch möglichst viel Beifall einsegnen zu lassen. Zugrunde liege immer noch das überholte Planungsverständnis eines alles berücksichtigenden Sachverstands. Die unverzichtbare Gegenüberstellung von Argumenten und Interessen hat darin wenig Platz.
Bürgerbeteiligung, so Kropp, kann aber auch zur Information der Planung und zur Beschaffung von Legitimität öffentlichen Handelns eingesetzt werden. Dann treten Experten nicht als Besserwisser auf, sondern als Wissenwollende. Klar ist, dass Experten und Fachverwaltungen über mannigfaltiges Fachwissen verfügen. Ob dieses Wissen und die daraus abgeleitete Planung aber den Vorstellungen der Bürger entsprechen, ob deren oft detailliertes Wissen über lokale Probleme und Chancen und ihre Prioritätensetzungen wirklich eingeflossen sind, bleibt dabei vielfach unerörtert. Für eine zukunftsfähige Planung, die sich den komplexen Herausforderungen stellt, so die Professorin an der Hochschule München, kommt es gerade darauf an: Betroffene mit ihrem Know-how, ihren Bewertungen und ihren Perspektiven so einzubinden, dass sie zu Betreffenden werden, zu Mit-Akteuren, wie es der Demokratie auch entspricht.

Unechte Bürgerbeteiligung raubt oft nur Zeit und Geld und bringt meistens nichts

So weit die schöne Theorie. Die missliche Praxis fasst Kropp so zusammen: Was heute in den Städten oft als sogenannte Bürgerbeteiligung exerziert wird, erleben die Beteiligten auf beiden

Seiten als wenig nützliche Verschwendung von Zeit und Geld, weil die Ergebnisse unter den Erwartungen und unter den Möglichkeiten bleiben. Vom vorhersehbaren Misserfolg solcher Veranstaltungen fühlen sich die Bürger und die Auftraggeber bestätigt: Behörden, die ohnehin glauben, die jeweils beste Lösung längst zu kennen und von der Teilnahmebereitschaft sowie den Teilnahmemotiven enttäuscht sind, und die Bürger, die sich bestenfalls gut informiert fühlen, aber kaum je wirklich gefragt: ihr Beitrag zur Gestaltung städtischer Lebenswelten bleibt außen vor.

Beteiligungsverfahren dieser Art sind Kropp zufolge „überwiegend zu schlecht gemacht und führen zu Abstumpfung: Niemand lernt dabei. Das Ergebnis ist Beteiligungsirritation und -frustration.“ Deshalb forderte die Professorin auf der Forums-Klausur für eine erstzunehmende Bürgerbeteiligung klare Regeln:

Eine ernst gemeinte Bürgerbeteiligung braucht klare Regeln, sonst funktioniert sie nicht

- Wann ist zu beteiligen? Vor Entscheidungen oder erst danach? Bloße Akklamations-Beteiligung bringt nach Kropps Erfahrungen nichts ein. Also muss die Beteiligung schon in der Planungsphase einsetzen, wenn die Ziele bestimmt werden. Sind die wesentlichen Weichen erst einmal gestellt, ist es für eine offene Diskussion in der Regel zu spät.
- Wie sollte beteiligt werden? So, dass die Bürger folgen können und mögen. Einschüchternde Expertenrunden schrecken eher ab. Fachdeutsch ist kaum je verständlich. „Manchen Bürgergruppen – ich denke da unter anderem an Zuwanderer – muss man eher einen Stadtteilspaziergang anbieten als einen Vortrag“, sagte Kropp, „und vielleicht muss man sogar erst einmal ein Freibier ausgeben, damit die Leute auch kommen. Sind sie erst einmal da, stellt sich recht schnell heraus, dass sie viel wissen und bedenkenswerte Meinungen haben.“
- Wer ist zu was zu motivieren? Belehrungen sind fast immer Alibiveranstaltungen der Verwaltung. Deren Fachleute wollen ihre Pläne „verkaufen“ – an einer Verbesserung haben sie gar kein Interesse, denn das würde ja nur zusätzliche Arbeitsschleifen erfordern. Dass frühzeitige Rückkopplung mit der Öffentlichkeit Arbeitsschleifen im späteren Ausarbeitungsprozess, Misstrauen und Kritik vermeiden helfen kann, wird selten gesehen. Auch als „eigennützig“ gescholtene Interessen gehören auf den Tisch, denn es geht um Meinungsbildung, nicht um die Akklamation der Entscheidungsfindung!
- Wer kontrolliert den Beteiligungsprozess? Auch hierüber muss nach Kropps Überzeugung ein Konsens hergestellt werden, bevor Beteiligungen zu laufen beginnen.

Auf der Stufenleiter der Bürgerbeteiligung werden, so Cordula Kropp, selten die oberen Sprossen erreicht: Ganz unten steht der Versuch von Manipulation (kapiert doch endlich, wie recht wir haben!). Darüber folgt Motivation (wir wollen doch nur euer Bestes, passt euch doch an). Auf Stufe 3 gibt es Information (hier bitteschön ist alles, was wir ausführungsreif in den Schubladen haben – lest, aber ändert bitteschön nichts!). Besser wirkt erst Konsultation (nochmals: hier sind unsere vollen Schubladen – fehlen Gesichtspunkte und sind alle Lebenslagen berücksichtigt?) Aber erst weiter oben auf der Beteiligungsleiter kommt ernst gemeinte Kooperation (lasst uns gemeinsam überlegen, was in einem Projekt für alle des Beste ist!) und schließlich die mündige Bürgergesellschaft (lasst uns gemeinsam über Ziele nachdenken, die wir miteinander verfolgen sollten!)

„Die Bereitschaft der Bürger zum Engagement ist fast grenzenlos, wenn man sie lässt“

Was erwarten die zu beteiligenden Bürger? Sie wollen, wie Kropp erläuterte, sich über Vorhaben eine eigene Meinung bilden, Entwicklungsziele aushandeln, mitentscheiden können, Handlungsspielräume ausbauen oder neu besetzen und auf diese Weise an politischen, sozialen und wirtschaftlichen Prozessen teilhaben. „In einer echten Demokratie“, so zitiert die Professorin die Überzeugung der Bürger „müssen wichtige Fragen vom Volk entschieden werden und nicht nur von Politikern und ihren Experten.“ (Institut für Demoskopie Allensbach 2009) Was dabei als wichtig gilt, dürfen deshalb auch nicht alleine Politiker und andere Experten entscheiden – das festzulegen ist gleichermaßen Sache der betroffenen Bürger.

Nun geht es bei fast allen Entscheidungen, die die Stadtentwicklung bestimmen, nicht nur um Visionen und Ziele, sondern stets auch um das zur Verwirklichung nötige Geld. Deshalb ist mit Händen zu greifen, dass und warum finanzstarke Investoren die Stadtentwicklung immer stärker bestimmen. „Eine starke Zivilgesellschaft und der vergleichsweise schwache Staat könnten sich gegen diese fast übermächtige Marktmacht verbünden“, sagte Kropp. Die Chancen dafür stehen nach Einschätzung der Münchner Professorin sehr gut: „Die Bereitschaft der Bürger zum Engagement für ihre Lebensumgebung ist fast grenzenlos, wenn man sie lässt.“ GBr

Bürgergutachten für München: was und wozu?

Kunstareal im Museumsviertel – Beteiligungsraum für Bürger

Nachdem die Stadt in den letzten Jahren (und auch derzeit noch) mit der „Perspektive München“ bereits Bürgerinnen und Bürger und Vertreter von Organisationen eingebunden hat, soll nun ein weiterer Weg gegangen werden, der noch näher zum Bürger führt. Die Münchner Stadtplanungsreferentin Prof. Merk hat ein Bürgergutachten für München ins Spiel gebracht. In einem SZ-Interview brachte sie dieses Vorhaben an die Öffentlichkeit. Vor kurzem wurde es in einer Stadtrats-Anhörung näher besprochen.

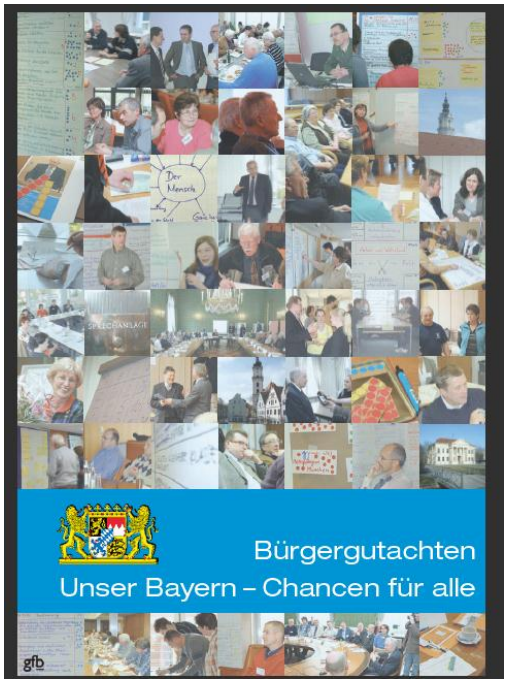
Dr. Hilmar Sturm

Was heißt „Bürgergutachten“ und warum dieses Verfahren? Was bringt es? Bürgerbeteiligung wird gefordert; Politik und Verwaltung wollen neue Wege gehen und die Bürgerinnen und Bürger mehr einbeziehen. Sie sollen Mitverantwortung übernehmen. Die Gestaltung der Stadt, in der wir alle leben, soll uns allen noch besser dienen und besser gefallen. Zwischen Kommunalpolitik, Stadtverwaltung und Bürgerschaft soll ein erweiterter Dialog entstehen. Wenn Nichtfachleute, sogenannte Laien, über die Stadtplanung mitreden sollen, brauchen sie dafür das, was auch Fachleute brauchen: Informationen, Zeit, Austausch und Gespräch, schrittweise Entscheidungsvorgänge und effiziente Strukturen.

In besonders geschickter Form sorgt dafür das Verfahren „Bürgergutachten durch Planungszellen“. Es wurde Anfang der 1970er-Jahre von dem Wuppertaler Professor Peter C. Dienel konzipiert und seither durch Begleitforschung und Praxis weiterentwickelt. Bürgerinnen und Bürger werden im Zufallsverfahren aus dem Einwohnermelderegister ausgewählt und persönlich eingeladen. Die Teilnahme wird ihnen erleichtert durch eine Aufwandsentschädigung und weitere Unterstützung im Einzelfall. Jeweils 25 solcher Bürgergutachter/innen arbeiten dann drei oder vier ganze Tage lang als eine von mehreren „Planungszellen“ an einem vorgegebenen Problem oder Thema. Das könnte in München die künftige Gestaltung des „Kunstareals“ sein, dem Gebiet in der Maxvorstadt, in dem die Pinakotheken, weitere Museen und etliche Hochschulen liegen.

Diese Planungszelle hört dann Expertinnen und Experten sowie Interessenvertreter an, informiert sich durch Begehungen und Anhörungen und bildet sich begründete, durchdachte, gemeinsame Ansichten und Urteile. Zur Diskussion, Ideenfindung und -prüfung wird sie alle eineinhalb Stunden neu in Kleingruppen zu je (meistens) fünf Personen aufgeteilt, auch dies wieder im Zufallsverfahren. Auf diese Weise entstehen viele verschiedene Begegnungen zu offenen und tiefen Gesprächen von Mensch zu Mensch. Erfahrungsgemäß arbeiten die Bürgergutachter/innen mit Elan sofort los – deutlich auf das Gemeinwohl hin orientiert, sehr sachlich und engagiert. Dabei kommen alle zu Wort. Und alle können auch individuell immer wieder Gewichtungen und Entscheidungen vornehmen und so schrittweise ein umfassendes Ergebnis erarbeiten.

In jeder der Arbeitseinheiten, die eineinhalb Stunden dauern, werden neue, andere Aspekte behandelt. Ganz am Ende wird neu abgewogen und ein Endergebnis ermittelt. Die Ergebnisse



Ein erfolgreich abgeschlossenes Bürgergutachten.

mehrerer Planungszellen werden zu einem Bürgergutachten zusammengefasst. Dieses wird in jedem Fall veröffentlicht und von den Bürgergutachter/innen dem Auftraggeber überreicht.

Die Entscheidungen, welche Empfehlungen und Vorschläge des Bürgergutachtens verwirklicht werden, fällt weiterhin die gesetzmäßig zuständige Instanz, sei es der Stadtrat, sei es die Stadtverwaltung oder eine der beteiligten Institutionen (Museen, Hochschulen). Sie sollten aber in angemessener Zeit den Bürgergutachter/innen und der Öffentlichkeit erklären, welche Konsequenzen sie aus dem Bürgergutachten gezogen haben.

Vorbereitet, moderiert und dokumentiert wird ein Bürgergutachten durch einen unabhängigen Durchführungsträger, ein freies Institut, das selbst inhaltlich neutral ist und sich auf das Verfahren spezialisiert hat.

Dank der Zufallsauswahl wird durch Bürgergutachten ein breiter, nahezu repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung beteiligt. Nicht nur Anwohner und Betroffene oder organisierte Interessen, nicht nur Aktivisten und Kritiker werden gehört. Sie werden aber auch nicht übergangen, denn in einem Runden Tisch vor den Planungszellen und als Expert/innen spielen sie eine wichtige Rolle.

So arbeiten Expert/innen aus Politik, Verwaltung, freien Büros, Hochschulen und Institutionen zusammen. Im Bürgergutachten stehen dann aber die Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, die sich ihre eigenen Gedanken zu den Ideen der Fachleute und weit darüber hinaus gemacht haben. Besondere Sorgfalt wird in jedem Fall, vor allem beim Kunstareal, auf diese Fragen zu legen sein:

- Welche echten Mitgestaltungsräume gibt es für die Bürgergutachter/innen?
- Welches ist die Hauptfrage, welches sind Teilfragen an die Bürgergutachter/innen?
- Welche Chancen bestehen, dass die Empfehlungen eines Bürgergutachtens tatsächlich Wirkung entfalten und in Entscheidungen einfließen?
- Wie werden Öffentlichkeit und Bürgergutachter/innen auch nach dem Bürgergutachten informiert und eingebunden?

Fotos: GfB

Wer letztlich an einem Bürgergutachten über das Kunstareal mitwirken könnte? Denkbar ist, dass zunächst Anwohner eingeladen werden und ihre Ansprüche später in den Planungszellen vortragen.

Das eigentliche Bürgergutachten wird von Menschen aus der ganzen Landeshauptstadt erstellt. Möglicherweise können auch die Interessen von Besuchern von außerhalb München einfließen.

Dr. Hilmar Sturm, Gesellschaft für Bürgergutachten

Weitere Informationen: www.buergergutachten.com, www.planungszelle.de, Peter C. Dienel: Demokratisch, praktisch, gut: Merkmale, Wirkungen und Perspektiven von Planungszellen und Bürgergutachten. Bonn 2009; ders.: Die Planungszelle. Der Bürger als Chance. Wiesbaden, 5. Aufl. 2002; www.kunstareal.de.

Noch Wünsche für den Oertelplatz im Outback Allach

Bürger wollen ein lebendiges Quartierszentrum mit Kultur

Mit gemischten Gefühlen nahmen die über 100 Bürgerinnen und Bürger bei der öffentlichen Erörterung am 7.3.2012 in der Aula des Luise-Schröder-Gymnasiums die Pläne der Stadt für den zentralen Platz in Allach auf. Der Freude, dass auf dieser seit Jahrzehnten brachliegenden Fläche endlich etwas passiert, stand die Sorge um die Folgen des geplanten Einkaufszentrums mit 8.000 Quadratmetern Verkaufsfläche für die Geschäfte und die Struktur der Vesaliusstraße entgegen.

Wohnungen, ein Einkaufszentrum, ein neuer Busbahnhof, ein grüner Platz – das sind die Ergebnisse des städtebaulichen Wettbewerbs für den Oertelplatz. Bei der Erörterungsveranstaltung ging es aber fast nur um das Einkaufszentrum. Die anwesenden Allacher Bürger wünschen sich hier ein Quartierszentrum – eine Anlage mit öffentlichen, kulturellen und sozialen Nutzungen, einem Jugendzentrum sowie kleineren Geschäften, die derzeit im Viertel vermisst werden: Ein Teeladen, ein Cafe, ein Fischgeschäft und einen Wochenmarkt. „Großflächigen Einzelhandel“, so die Bürger „haben wir hier genug“. „Vielfältige Geschäfte“, so andere Bürger, „würden den Platz beleben“. In diesem Spektrum bewegte sich der Wunsch nach einer Allacher Lösung, quartiersbezogen und quartiersverträglich. Die jetzige wird diesem Anspruch nicht gerecht.

Der Arbeitskreis Bauleitplanung im Münchner Forum regt an, das Quartierszentrum kompakt, mehrgeschossig und multifunktional mit kleinen Läden, (Außen-)Gastronomie, aber auch kultureller und bürgerschaftlicher Nutzung zu gestalten, unabhängig von den Öffnungszeiten eines Einkaufszentrums. Wenn der neue Süd-Ost ausgerichtete Quartiersplatz gedreht wird, bleibt der mit alten und erhaltenswerten Bäumen bestandene jetzige Platz erhalten, kann nach Süden vergrößert und durch Baumneupflanzungen weiter aufgewertet werden. Der Zugang zur S-Bahn soll in ein attraktives Gebäude integriert und aufgewertet werden. Die Verkaufsfläche ist so zu wählen, dass das Quartierszentrum funktioniert und die Vesaliusstraße nicht entwertet wird. Der durch ein kompaktes Zentrum frei werdende Grundstücksteil entlang der Bahn kann mit in München dringend benötigten Wohnungen bebaut werden. Da die Bahn auf der Ostseite liegt, könnten auf Bahnseite die Wohnungen z.B. durch Laubengänge erschlossen werden und auf dieser Seite auch alle untergeordneten Räume, wie Bäder, Küchen, Gäste-WC angeordnet werden, während die Wohnräume nach Westen ausgerichtet wären, ruhig und mit Abendsonne. Die Stadt München schreibt Bürgerbeteiligung groß: Damit der Oertelplatz ein lebendiger, zentraler Quartiersplatz wird, sollen, so der Forums-Vorschlag, auch hier Anwohner, Geschäftsleute und Bürger in einem Workshop Gestaltungs- und Nutzungsideen entwickeln. GBr

Was aus dem Münchner Kreativquartier werden kann, steht noch in den Sternen

Mit einem gehörigen Schuss Skepsis quittierten Kreative und andere Bürger die Einladung des Kulturreferats, sich an der Umplanung der Jutier- und der Tonnenhalle zu einem Kreativquartier zu beteiligen. Denn einerseits sind die Ansprüche hoch, die Kulturreferent Hans-Georg Küppers und sein Projektleiter Marc Gegenfurtner stellen. Sie erwarten ein umsetzbares Konzept für ein solches Quartier, das nicht nur möglichst alle künstlerischen Freiheiten zulässt, sondern zugleich technisch und betriebswirtschaftlich funktioniert. Andererseits müssen solche Überlegungen auch mit dem städtebaulichen Wettbewerb kompatibel gemacht werden, der bereits läuft und im späten Frühjahr dieses Jahres eine Festlegung darüber ermöglichen soll, wo rund um diese beiden Hallen die geplanten 900 Wohnungen hinkommen sollen, ohne dass der beabsichtigte Kunstbetrieb die künftigen Anwohner stört. Die Ausschreibung des Kreativquartier-Konzepts ist auf der Webseite des Kulturreferats nachlesbar: www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Kulturreferat/Kreativquartier.html. Einreichungen sind bis zum 15. Juni möglich. Die besten fünf werden prämiert. Daraus wollen das Kulturreferat und das Planungsreferat bis April 2013 ein tragfähiges Konzept ableiten. Bis dieses Kreativquartier steht, dürfte das Jahrzehnt zu Ende gehen. GBr

NS-Doku-Zentrum: Prof. Nerdinger (TU-Architekturmuseum) soll Direktor werden

Professor Dr. Winfried Nerdinger soll nach dem Vorschlag von Kulturreferent Hans-Georg Küppers Gründungsdirektor für das NS-Dokumentationszentrum München werden. Im April soll der Stadtrat dazu eine Entscheidung treffen. Nerdinger hatte gemeinsam mit Professor Dr. Hans Günter Hockerts, Professorin Dr. Marita Krauss und Professor Dr. Peter Longerich das Ausstellungskonzept für das künftige Dokumentationszentrum verfasst.

Es wurde am 17. Februar einstimmig vom Stadtrat beschlossen. Ab Oktober, nach Ende seiner bisherigen Berufstätigkeit, soll Nerdinger bis zur Eröffnung 2014 die Gründungsdirektion des NS-Dokumentationszentrums übernehmen. Bisher hat er eine Professur für Architekturgeschichte an der TU München inne. Gleichzeitig ist er Gründer und Direktor des Architekturmuseums der TU München sowie des Architekturmuseums Schwaben in Augsburg. GBr

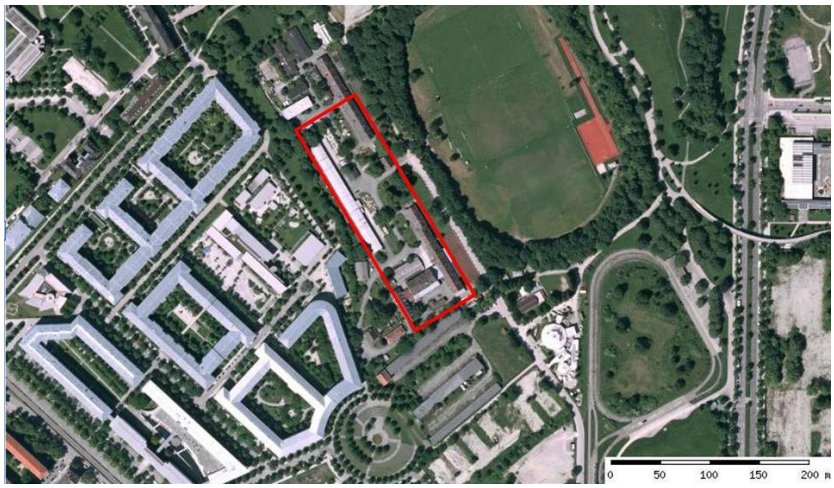
Ludwig-Maximilians-Universität bekommt Physik-Neubau am Englischen Garten

Auf dem bisher von der Tiermedizin der Ludwig-Maximilians-Universität München genutzten Gelände am Englischen Garten soll auf rund 2.500 Quadratmetern das so genannte „Nano-Institut“ der LMU-Physik bis zum Jahr 2016 neu entstehen.

Es ist Bestandteil des bayerischen Energieforschungskonzepts und des geplanten Forschungsnetzwerks „*Solar Technologies go hybrid*“. Ein städtebauliches und landschaftsplanerisches Konzept soll in einem Wettbewerb gefunden werden. Ein Eckdatenbeschluss ist bis Mitte 2012 vorgesehen.

Rechts das bisherige Tiermedizin-Gelände. Zur Orientierung: oben links der Mitte die LMU-Mensa an der Ludwigstraße, links unten die Kunsthochschule.

Die bisher auf Standorte im Englischen Garten, am Oberwiesenfeld und dem Campus in Oberschleißheim verteilte Tierärztliche Fakultät soll schrittweise nach Oberschleißheim ausziehen.



Fotos: bayernviewer

Der Umzug der Tiermedizin ins Umland macht mittelfristig noch ein zweites Münchner Filetgrundstück frei: das neben dem Theaterzelt „Das Schloss“ am Südzipfel des Olympiaparks. Auch dort sind bislang Teile der Tiermedizin untergebracht.
Was aus diesem Bereich zwischen einem künftigen Wohngebiet des Freistaats und dem Olympiapark werden könnte, ist aber noch offen.
Es gibt zwar bereits Ideen für die künftige Nutzung, aber noch keinerlei Beschlüsse. GBr

Der S-Bahn-Südring: Chancen für den postfossilen Stadtumbau nicht verspielen:

Der Bahnbau ist auch Städtebau, nicht nur Verkehrslenkung

Welche Stammstrecken-Variante ist zukunftsfähiger für die Stadtentwicklung: ein zweiter Tunnel unter der Altstadt oder der Ausbau des oberirdischen Bahn-Südrings? Wer den zweiten Tunnel fordert, missachtet gute Gründe, die für den Südring sprechen: die ökologisch bessere Bilanz und wichtige städtebauliche Impulse für München.

In der Diskussion um den Ausbau der 2. S-Bahn-Stammstrecke wurde bislang eine Vielzahl von Argumenten zu Bahnbetrieb, technischer Machbarkeit, Kosten und Stadtplanung umfangreich und fachlich fundiert untersucht und ausgetauscht. Aus unserer Sicht wurden dabei allerdings andere Herausforderungen zu wenig bedacht: die aktuellen Herausforderungen aus Klimawandel, *peak oil*, einem nachhaltigen Umgang mit Energie und knappen Ressourcen und damit verbunden die Frage nach zukunftsfähigen Investitionen in die Schieneninfrastruktur. Wir meinen, die Auseinandersetzung um die bessere Lösung muss im größeren Zusammenhang gesehen werden: München muss sich gerade bei einem so langfristig wirksamen Infrastrukturprojekt dem „postfossilen Stadtumbau“ mit Orientierung auf die „2000-Watt-Gesellschaft“ stellen. Denn die Zeiten, in denen Öl billig und reichlich zu haben war, sind vorbei – „*peak oil* ist jetzt“. Die ölbasierte Mobilität und Warenproduktion wird zurückgehen und durch andere Energieträger ersetzt werden. Damit werden viele städtische Funktionen und die Stadtgesellschaft insgesamt näher zusammenrücken müssen:

- München wird kompakter im Sinne einer „Stadt der kurzen Wege“.
- Mobilität wird deutlich teurer werden, so verliert ein wesentlicher Faktor für die anhaltende Suburbanisierung an Bedeutung, und es besteht die Chance, dass sich die Siedlungsentwicklung in der Region auf die bestehenden qualitätvollen Kleinstädte und auf die Gemeinden mit S-Bahnanschluss konzentriert.
- Die Autoflotte in der Stadt wird aus Kostengründen deutlich abnehmen und die nicht motorisierte Mobilität zu Fuß, mit dem Fahrrad und mit dem ÖPNV entsprechend zunehmen.
- Die „polyzentrische Stadtstruktur“ Münchens mit den vorhandenen Stadtteilzentren und Quartieren wird weiter ausgebaut und in ihrer Vielfalt qualifiziert werden müssen, um den Erfordernissen einer „Renaissance der urbanen Lebens- und Arbeitsweise“ gerade bei einer weiteren Verdichtung besser gerecht zu werden.

Unter einer solchen, weiter gefassten Perspektive eines postfossilen Stadtumbaus zeigt sich die Variante Bahn-Südring als die innovativere und zukunftsfähigere Lösung. Die wesentlichen Vorteile gegenüber dem Ausbau der 2. Stammstrecke im Tunnel unter der Stadt lauten:

- Der Ausbau des Bahn-Südrings bringt zugleich Verbesserungen im Fernverkehr.
- Die notwendige Sanierung des Bahn-Südrings wird miterledigt, das spart Kosten.
- Alle S-Bahnen können über beide Stammstrecken fahren, dies ist vor allem bei Betriebsstörungen wichtig.
- Der Südring trägt zur Entlastung der City bei, so wird eine weitere Konzentration von „Zwangsmobilität“ mit den bekannten „Wachstumsschmerzen“ vermieden.
- Der Südring gibt mit dem Ausbau des Bahnhofs Poccistraße/Südbahnhof einen Impuls für die „Innenentwicklung“ mit Umstrukturierungs- bzw. Nachverdichtungspotenzialen im Sinne der Perspektive München „kompakt urban grün“ in den Quartieren Schlacht- und Viehhof, Güterbahnhof München-Süd und Großmarktgelände.
- Die neuen Haltepunkte Poccistraße und Kolumbusplatz erweitern das Einzugsgebiet der Kunden von S- und Regionalbahn und schaffen neue Verknüpfungen mit dem U-Bahnnetz.

- Der Ausbau des Südrings verbessert die Leistungsfähigkeit der Haltepunkte Laim, Heimeranplatz, Ostbahnhof und Leuchtenbergring, er eröffnet die Option für einen langfristigen Bahnhofsausbau an der Theresienhöhe und des Südbahnhofs.
- Beim Ausbau des Südrings ist im Vergleich zum Tunnelbau ein geringerer Energie- und Ressourcendurchsatz bei Herstellung, Unterhaltung und Betrieb zu erwarten, und darüber hinaus bietet die oberirdische Trassenführung Potenziale für innovative „Sonnenenergie-Produktion“.

Beim Ausbau der 2. Stammstrecke reden wir über ein Jahrhundertprojekt. Wegen des Rückgangs der vormals billigen und energiereichen Ölproduktion (*peak oil*) geht an einem postfossilen Stadtumbau mit einer entsprechend angepassten Stadtstruktur in naher Zukunft kein Weg vorbei. Darauf müssen sich Stadtgesellschaft und Politik einstellen, gerade auch angesichts des prognostizierten Bevölkerungszuwachses.

- Als Folge dieser Entwicklung wird sich die Autoflotte aus Kostengründen auch in der wachsenden Stadt München verringern. Die Funktionsfähigkeit unserer Millionenstadt hängt wesentlich von der Mobilität und damit von der Bereitstellung eines optimal leistungsfähigen ÖPNV-Netzes ab (U-/S-Bahn, Tram, Bus, aber auch Regional- und Fernverkehr).
- Ein engmaschiges Schienennetz mit möglichst vielen Verknüpfungspunkten als Rückgrat der polyzentrischen Stadtstruktur Münchens fördert die Innenentwicklung und den Austausch zwischen den Stadtteilzentren und Quartieren.

Bei Abwägung der diskutierten Argumente und fachlichen Begründungen aus den vorliegenden Gutachten und der hier vorgestellten erweiterten Perspektive zur unabwendbaren postfossilen Stadtentwicklung halten wir den Ausbau des Südrings als 2. Stammstrecke für die intelligentere, nachhaltigere und Kosten sparendere Lösung.

Dierk Brandt, Gabriele Heller, Planungsgruppe 504, München

Detlev Sträter: Reurbanisierung in der Stadtregion München?

Beide Fotos: Detlev Sträter

Was in München als Reurbanisierung bezeichnet werden könnte, ist als eine Gemengelage von wirtschaftlicher und kultureller Aufwertung und sozialer Umstrukturierung der inneren Stadt zu kennzeichnen: Als Trendverlängerung zu weiterer baulicher Veredelung der Altstadt und der umgebenden Quartiere, als immobilien- und finanzwirtschaftlich dominierte Kapitalisierung der Stadtentwicklung und als Entdeckung der Innenstadt als Wohnstandort durch eine Geld-Elite und diverse dominante Sozialmilieus, deren residenzielle Wünsche bislang eher auf exquisite Wohnquartiere am Stadtrand oder im südlichen Umland gerichtet waren.

Der Begriff der Reurbanisierung kann in Falle Münchens insofern irritieren, als er eine Umkehrung von bisher zu beobachtenden Suburbanisierungsprozessen unterstellen könnte. Im Falle Münchens trifft indes beides zu: Man könnte den Münchner Reurbanisierungsprozess als eine spezifische Variante von Reurbanisierung bezeichnen, die zwei Bewegungsrichtungen in sich vereint.

Es findet nach wie vor, und insofern ließe sich von „Kontinuität“ sprechen, eine sozial und ökonomisch selektive Auslagerung von Wohn- und Gewerbestandorten aus der Stadt ins Umland statt, und wir haben es zugleich mit einer ebenso sozial, ökonomisch und kulturell selektiven Aufwertung der Innenstadt zu tun. Die Prozesse weisen in gegenläufige Richtungen, finden aber in

ihrer sozialräumlichen Selektivität gleichzeitig statt. Das bedeutet indes nicht, dass der beobachtete Reurbanisierungsprozess „stadtneutral“ ist – im Gegenteil: Sichtbar werden städtebauliche Umprägungen der Altstadt und ihrer Randbereiche zugunsten vermögender sozialer Schichten und zu Lasten auch anders Benachteiligter. Sie sind ihrerseits Auslöser von differenten Gentrifizierungseffekten, Aufwertungen und Umstrukturierungen in jenen Stadtgebieten, die an sie unmittelbar und mittelbar angrenzen. Diese Wirkungen sind vor allem auf dem Wohnungsmarkt, in der Versorgung privater Haushalte, in den Nachbarschaftsbeziehungen und auch in der Inanspruchnahme öffentlicher Räume spürbar. Zugespitzt ist der Münchner Reurbanisierungsprozess der sozialräumliche Ausdruck stadtgesellschaftlicher Herrschafts- und Dominanzverhältnisse.

Noch ist nicht abzusehen, welche weiteren Konsequenzen damit verbunden sind. Ein Münchner Journalist beschreibt zwei Szenarien: „Zugespitzt könnte man sagen, München hat genau zwei Möglichkeiten vor sich. Möglichkeit eins: Die Blase platzt, die Bauträger bleiben auf leeren Etagen sitzen. Dann wird es ein paar Pleiten geben, der Markt wird sich verändern, nicht grundsätzlich, aber vielleicht ein bisschen – tatsächlich werden jetzt schon in manchen Luxushäusern die ganz großen Wohnungen schon wieder aufgeteilt in kleinere, etwas günstigere, weil das den Kreis der Käufer erhöht. Für die Normalverdiener in München ein wenig Hoffnung, aber wirklich nur wenig, denn eins ist sicher: Die Preise für Grundstücke und Wohnungen werden nicht mehr sinken, es kommen ja keine nach.

Möglichkeit zwei: Die Experten täuschen sich, und es gibt auch in den nächsten zehn Jahren noch genug Käufer, die sich das Wohnen im Herzen der Stadt leisten können. Dann könnte mit München das passieren, was Metropolen wie London und Paris schon lange erleben: Die teuren Viertel werden immer leerer, es gibt dort entweder nur noch Läden und Büros oder gut verschlossene Apartmentblocks mit Pförtner, und wer einen normal bezahlten Job hat, muss weit draußen wohnen, am Stadtrand oder weiter, und jeden Tag mehr als eine Stunde in die Arbeit fahren. In manchen Münchner Vierteln, in Bogenhausen, im besseren Schwabing, kriegt man schon ein Gefühl dafür, wie das eines Tages aussehen könnte: Erst verschwinden die Cafés und Geschäfte, dann kommen Antiquitäten- und Einrichtungsläden, die fast nie Kunden sehen. Dann verschwinden irgendwann auch diese Läden. Und alles, was bleibt, sind sehr gut gekehrte, leere Bürgersteige“ (Max Fellmann in SZ-Magazin v. 11.3.2011, S. 28).

Beide Szenarien bieten den Verlierern der Entwicklung schlechte Aussichten. In beiden Fällen könnte – sollte sich die Aufrüstung der Innenstadt zugunsten eines einkommensstarken Geldadels weiter fortsetzen – eine Situation eintreten, in der das Stadtzentrum, das als Chiffre zur Identifikation der Stadtbürger/innen mit ihrem Gemeinwesen einen hohen Stellenwert besitzt, für die schrumpfende Schicht der „Normalverdiener“ in der Stadt und dem Umland an Relevanz einbüßt; sie werden sich die Münchner Innenstadt dann weder monetär und noch mental „leisten“ können – die Münchner Innenstadt als *No-go-area* für Normalbürger? Wenn aber eine kollektive Aneignung und Identifizierung mit der inneren Stadt nicht mehr stattfindet, steht die Kohäsion des Gemeinwesens München zur Disposition.

Wenn dies alles nicht eintreten soll, dann wird die Stadtpolitik, Stadtplanung und die Zivilgesellschaft vor Ort sich mit Fragen der Gentrifizierung und einer sich auseinanderentwickelnden Stadtgesellschaft stärker auseinandersetzen müssen, als sie derzeit dazu offensichtlich bereit ist.

*Auszug aus dem gleichnamigen Beitrag in dem soeben erschienenen Band **„Reurbanisierung. Materialität und Diskurs in Deutschland“,** herausgegeben von Klaus Brake und Günter Herfert, Wiesbaden: Springer-VS Verlag 2012, 422 S., 89 Abb.*

Paulaner-Brauerei will an den Stadtrand umsiedeln – neues Wohnquartier kommt:

Chance zur Stadtreparatur: Paulaner-Areal nicht isoliert planen

Die Paulaner-Brauerei wird in etwa fünf Jahren ihre Produktion nach Langwied verlagern. Das rund 85.000 m² große Areal an der Reger-, Welfen- und Ohlmüllerstraße in der Au übernimmt und entwickelt die Bayerische Hausbau. Sie will dort ab 2018 in erster Linie Wohnungen bauen, zu einem Drittel geförderte, weitere Flächen für Gewerbe und Kindertageseinrichtungen nutzen sowie eine Tiefgarage errichten.

Die Paulaner-Areale. Oben die Mariahilfkirche. Foto google, Bearbeitung GBr

250 Paulaner-Mitarbeiter bleiben nach derzeitigem Planungsstand im denkmalgeschützten sog. „Zacherl-Bau“ an der Ohlmüllerstraße (im Bild ganz links im rot umrandeten Bereich). Mit der Quartiersentwicklung soll die jetzt industriell genutzte und komplett versiegelte Fläche begrünt werden. Neben einer großen öffentlichen Grünfläche sind auch private Grünzonen vorgesehen. Die Flächenverteilung, die Zahl der Wohnungen und die architektonische Ausgestaltung will die Bayerische Hausbau in Kooperation mit der Stadt 2012 in einem städtebaulichen Wettbewerb klären. Zu der Logistikfläche an der Welfenstraße (im Bild links gepunktet umrandet) äußerten sich die Unternehmen Paulaner und Bayerische Hausbau noch nicht.

Das Münchner Forum befürchtet, der städtebauliche und landschaftsplanerische Investorenwettbewerb Paulaner könnte systematisch zu kurz greifen, wenn im Wettbewerb nicht auch die außerordentliche Lage an der Hangkante, die stark trennende Bahntrasse sowie die Verzahnung mit der Umgebung berücksichtigt werden. Vier Beispiele: 1. Die Weilerstraße könnte langfristig bis an die Hangkante verlängert werden, wenn es die derzeitige Bebauung an der Hochstraße zulässt – diese Option sollte freigehalten werden. 2. An der Grenze Logistikfläche zu den Neubauten Welfenstraße („Welfenhöfe“) sollte ein Fuß- und Radweg von der Welfenstraße in Nord-Süd-Richtung in Verlängerung der Senftlstraße angelegt werden, der in einem Steg über die Bahn zum Ostfriedhof weitergeführt werden könnte. 3. Der Weg auf der Fußgängerbrücke über die Straße am Nockherberg ließe sich ziemlich geradlinig durch das Gelände bis zur Welfenstraße führen. 4. Es sollten Möglichkeiten geschaffen werden, sich auf dem Gelände aufzuhalten. Denn Urbanität ist nicht, was Bauten vorgeben, sondern was Menschen in und zwischen Bauten erleben.

Bei einer Ortsbesichtigung am 20. März verschaffte sich der Forum-Arbeitskreis Bauleitplanung einen Überblick über das bisherige Paulaner-Gelände. Der sogenannte Zacherlbau (im Foto oben in der oberen Ecke des roten Rechtecks), der von außen teilweise noch proper aussieht, ist in Wahrheit eine Kriegsruine lediglich mit einem Notdach. Im Inneren steht keine Wand mehr, es gibt keine Zwischendecken. Nur das Kreuzgewölbe unter dem Erdgeschoss hat die Bomben überstanden. Da hier kein Sudhaus mehr gebaut wird, sind diese Gewölbe sicherlich zu erhalten. Hinter die alte Fassade wird ein Neubau kommen müssen; hier soll die Paulaner-Verwaltung einziehen. Sie wird auch das scheunentorgroße Industriedenkmal der weltweit ersten Eismaschine am Auer Mühlbach der Nachwelt überliefern. Spannend bleibt die Frage, wie mit dem stadtbildprägenden Turm

der ehemaligen Mälzerei im Wettbewerb umgegangen wird. Auch vom oberen Paulaner-Gelände zwischen Hoch- und Regerstraße werden alle Gewerbehallen verschwinden; hier ist bekanntlich ein neues Wohngebiet geplant. Die Entsiegelung der nahezu vollständig versiegelten Gewerbeflächen wird der Stadt gut tun, wie auch die Öffnung der bisherigen Brauereienklave zu den umgebenden Quartieren. GBr

Bürgerbeteiligung – wann ist der richtige Zeitpunkt?

Paulaner-Nachfolgebebauung – Dialog von Anfang an

Paulaner geht – Wohnen kommt. Doch in welcher Form? Und wann sollen die Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung äußern können?

Nach § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch sind die Bürgerinnen und Bürger erst bei der „frühzeitigen" Beteiligung der Öffentlichkeit an der Reihe. Davor fällt der Stadtrat einen so genannten Eckdatenbeschluss, der Grundlage für einen Gestaltungs-Wettbewerb ist. Der Entwurf des Siegers dieses Wettbewerbs wird dann in den Entwurf eines Bebauungsplanes „gegossen", der dann in zwei Stufen und dabei, wie gesagt, erstmals im Verfahren nach § 3 Absatz 1 BauGB, den BürgerInnen zur Diskussion vorgestellt wird. Danach gibt es nur noch mehr oder weniger wichtige Details zu regeln. Die wichtigen Rahmendaten für das Verfahren regelt der besagte Eckdatenbeschluss – und das hinter verschlossenen Türen. Diese sog. frühzeitige Bürgerbeteiligung nach dem Baugesetzbuch kommt zu spät. Wenn über Ziele, Inhalte und Erwartungen gesprochen werden soll, müssen BürgerInnen, Investoren, Politik und Verwaltung früher und mit der Bereitschaft auch zur Veränderung aufeinander zugehen. Die Kenntnis der Bürgervorstellungen auf der einen Seite und die Kenntnis möglicher Zwänge und Verfahrensabläufe auf der anderen Seite sind ein entscheidender Faktor für Akzeptanz im weiteren Verfahren. Hier sollte die Landeshauptstadt München jenseits der Vorgaben des Baugesetzbuches Mut zu mehr Bürgernähe zeigen und vor dem Wettbewerb zum Beispiel eine Planungswerkstatt veranstalten, auf dem Bürgerinnen und Bürger ihre Wünsche für eine bürgernahe und quartiersbezogene Nachfolgebebauung auf dem Paulaner-Gelände zum Ausdruck bringen können. Im Fall der Bayernkaserne ist dies bereits erfolgreich erprobt worden. Das Münchner Forum wünscht der Landeshauptstadt auch beim exponierten Paulaner-Areal diesen Mut.

Wolfgang Zimmer/Ursula Ammermann

Tagung über Protest und Teilhabe im „öffentlichen Zwischenraum"

Clash der analogen und digitalen Kulturen

Am vergangenen Wochenende (23.-25. März) trafen sich 31 Referenten und etwa 70 Teilnehmer am Starnberger See, um im Rahmen der Tagung „Revolution im Zwischenraum" der urbanauten und der Ev. Akademie Tutzing über die neuen Formen von Protest, Teilhabe und Diskursproduktion zwischen digitalen und urbanen öffentlichen Räumen zu diskutieren.

Es war das erste offizielle Frühlingswochenende und bis auf ein paar wenige Regenschauer hat es auch gehalten, was es versprach. So ließe sich wohl auch der Verlauf der Tagung, deren Partner das Münchner Forum war, am besten beschreiben. Ausgehend von globalen Ereignissen des „Arabischen Frühlings", den Protesten in Tunis, Kairo und Bengasi sowie den Demonstrationen der „Occupy Wallstreet"-Bewegung wurden die Möglichkeiten und Herausforderungen sozialer Medien und des Internets für die Entwicklung von Beteiligung und Demokratie debattiert.
Im Publikum und auch auf dem Podium trafen Pioniere der digitalen Gesellschaft auf Verfechter der analogen Wirklichkeit. So wurde Facebook ebenso wie über Open Data, E-Partizipation und Urheberrecht besprochen. Mit dabei waren neben Vertretern der Münchner Politik und Verwaltung (u.a. Dr. Blume-Beyerle, Dr. Küppers, Dieter Janecek, Siegfried Benker) Theoretiker unter-

schiedlicher Disziplinen wie Stadtplanung, Architektur, Politik- und Medienwissenschaften (u.a. Dieter Rucht, Hannah Wettig, Anne Roth und Dirk von Gehlen) sowie Praktiker und deren ganz konkrete Projekte (u.a. Slobodan Djinovic von der Widerstandsagentur CANVAS, Anna Theil und Denis Bartelt von Startnext und Peter Kusterer von der „Smarter Cities Initiative“ von IBM Deutschland).

Für München ließe sich abschließend zusammenfassen, dass zwar u.a. mit dem digitalen Beteiligungsangebot zur „Perspektive München“ und MOGDY von Seiten der Stadt und einigen wenigen privaten Vernetzungsinitiativen bereits erste wichtige Schritte gegangen werden, viele Aktivitäten jedoch noch in den Kinderschuhen stecken und zuweilen der digitale öffentliche Münchner Raum noch fehlt. „Die Revolution kommt hier schleichend, vermutlich am Stammtisch…“ (K.M. Drohsel). Klar wurde, dass es neben neuer Begrifflichkeiten auch eines neuen Bewusstseins für die zunehmende Verschmelzung digitaler und urbaner öffentlicher Räume bedarf.

Die Tagung wurde von Stefan Höffken und Karsten Michael Drohsel von urbanophil.net live und in Echtzeit dokumentiert, nachzulesen unter: http://www.urbanophil.net/category/digitale-stadt/ oder demnächst auch auf www.urbanaut.org. A. Junghans

Das Münchner Forum auf Radio Lora am Ostermontag, 9.4.2012, 19-20 Uhr, UKW 92,4:
Studenten in München: Studieren, Leben und Wohnen. Marina Lessig im Gespräch mit Michelle Klein, Geschäftsführerin der Studierendenvertretung der Ludwig-Maximilians-Universität, und Markus Schön, stellvertretender Vorsitzender des Kreisjugendrings München.

Einladung zum Tag gegen Lärm am 17. April 2012, 18 Uhr, Rathaus, kleiner Sitzungssaal
Lärmaktionsplan für München – lärmbestimmt oder selbstbestimmt? Diskussion mit Stadträten, Umweltreferent und externen Experten. Details unter www.muenchner-forum.de

Leserbrief

Zukunft der Münchner S-Bahn: Erst bau'n wir mal, dann schau'n wir mal

In einem SZ-Interview vom 11.03.2012 weist Prof. Jürgen Siegmann (TU Berlin) klar darauf hin, dass sich ein sinnvoller Bahnausbau nach dem Betriebskonzept richten muss und nicht umgekehrt: „Siegmann: In der Schweiz beispielsweise gilt das Prinzip: Erst der Fahrplan, dann die dazu notwendige Infrastruktur. Welche Züge brauchen wir, was müssen wir dafür tun, um den Wunschfahrplan zu realisieren? Es gibt ein konkretes Problem und dann wird geprüft, welche finanziellen und materiellen Mittel zur Lösung notwendig sind.“ [Süddeutsche Zeitung Online-Ausgabe 11.03.2012: http://www.sueddeutsche.de/reise/bahnforscher-bemaengelt-deutsche-schieneninfrastruktur-der-bahn-fehlt-ein-konzept-fuer-den-netzausbau-1.1305295] Dagegen galt in Deutschland bisher das Motto „Erst bau'n wir mal, dann schau'n wir mal“, bei dem vor allem versucht wird, möglichst vorzeigeträchtige Projekte zu realisieren – anstatt Pakete aus sinnvollen kleinen und großen Maßnahmen, die ein abgestimmtes Zielkonzept ermöglichen. Diese Erkenntnis ist so fundamental, dass sie allen Planungen im Eisenbahnbereich/Öffentlichen Verkehr zu Grunde liegen sollte! Vielleicht bestünde die Möglichkeit, angesichts der knappen Investitionsmittel die Prioritätenreihenfolge der politischen Entscheidungen so zu ändern, dass zunächst ein Fahrplan- und Betriebskonzept aufgestellt und darauf aufbauend dann die nötigen Investitionen in Fahrzeuge und Infrastruktur (Planungsdreieck) iterativ optimiert werden? Im Voraus vielen Dank für Ihr Engagement zum Wohle der Bürger und der Volkswirtschaft. Stefan Baumgartner